

# Wolffsche Stimme

## Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Sandb. 17.  
Telephon: 6802. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertagen in Halle a. S., Connabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlag u. Expeditions: Halle, Gr. Sandb. 27.  
Telephon: 5407. Postfachkonto Leipzig Nr. 27573

Nr. 240

Preis: 50 Pf. Durch Postämter monatlich 5.50 Mk. einschließlich Porto. Für Mitglieder 3.- Mk. Durch Verleger im Voraus 15.- monatlich 3.- Mk. Beleghe 15.-

Halle, Dienstag, den 12. Oktober 1920

Abdruckpreis: Im Abdruckpreis. Anzeigenpreis: 10 Pf. das Zeilenstück. Bestehen des Blattes im Preispaule 20 Pf. 4. Jahrgang. Preiszeitung 2.50 Mk. Schluss der Anzeigenannahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

# Der Parteitag in Kassel.

## Das Ende der Sonntagsfrühe.

Hermann Müller übernimmt den Vorsitz. Dieser Parteitag ist der erste Friedenspartei-tag. Auf dem Parteitag in Weimar zu Pfingsten 1919 fand der drohende Friedensvertrag wie eine schwere Wolke am Himmel. Die Wolke ist über uns niedergegangen und hat mit längerem Hagelsturz alle Hoffnungen zerstört, nach dem fünfjährigen entsetzlichen Kriege zu einem Frieden des Ausgleiches und der Befriedigung zu kommen. Den vornehmlich bürgerlichen Angehörigen, ist es nur: sozialistisch gekulte Arbeiterklasse, die in den feindlichen Ländern bereit ist, zu mildern und zu befehligen, was wir an diesem Frieden immer als unerfüllbar und unerschwinglich bezeichnen haben und bezeichnen werden. (Beifall.) Wir wollen den Freunden draußen die Arbeit für die Revision erleichtern, indem wir keinen Zweifel für die Arbeit wieder gutmachen können, was immer an Vermittlungen wir wieder gutmachen können. Aber man soll uns auch die Möglichkeit und Gelegenheit geben, man soll uns den

### Straßen an eine bessere Zukunft

lassen. Der Völkerverbund, der jetzt nur eine Kasse für den Parteipolit ist, muß zu einem wahren Völkerverbund werden, der auch zu unserem Rechte kommen läßt. Wir haben nach dem ersten Kongreß keine Urteile, die Hoffnung auf ein Zusammenarbeiten der Internationalisten auf diesem Gebiet gegeben. Wir haben immer den höchsten Wert auf die Pflege der internationalen Beziehungen gelegt. Schon vor dreißig Jahren auf dem Parteitag in Halle haben uns begrüßt Jules Guesdard und Edward Anseele. Die beiden großen noch lebenden Vorkämpfer des Sozialismus. Die Arbeiter können diesmal keinen Vertreter wählen. Wir hoffen aber, daß im Laufe der Woche an der Rückreise von Georgien doch noch eine große Anzahl internationaler Genossen zu uns kommen. (Beifall.)

Auch Genderson, der verdienstvolle Kämpfer für die Wiederbelebung einer demokratisch-sozialistischen Internationalen, bedauert lebhaft nicht kommen zu können, damit aber direktlich die Hoffnung aus, daß es im nächsten Jahre der Engländer möglich wird, zu uns zu kommen. (Beifall.) Unsere holländischen Brüder haben den Genossen Troelstra beauftragt, nach Kassel zu kommen. (Beifall.) Dieser hat der Volkzeit in Holland ihn aufgefordert, in das er bei der nächsten Woche hier sein kann. Unter den Gästen, die vor dreißig Jahren in Halle zu uns kamen, befindet sich Helmer Bismard, jetzt ein Genosse der Internationalen und holländischer Ministerpräsident. Für unsere holländischen Genossen ist Genosse Genderson vorgesehen, den wir herzlich begrüßen. In ganz hervorragender Weise aber begrüßen wir den Genossen Staunung als Vertreter Dänemarks. (Stimmlos der Beifall.) Bismard ist ein Mann, der sich immer um seine Freunde gekümmert. Selbst in der Zeit, in der Bismard den Artikel V des Traktats Friedens nicht ausführen, ist unter gemeinsame Arbeit nicht geführt worden. Wir haben uns immer gegenseitig bekämpft, sind heute aber sehr stolz die Festnahmen geworden. Wir denken an diese Stelle herzlich den holländischen Genossen für das großzügige Besondere, was sie für unsere Kinder getan haben. (Stimmlos der Beifall.) In allen Gauen haben durch den Krieg verlebende Arbeiterkinder in Dänemark soziale Waisenkinder bekommen, an die sie sich sehr lieb und lang erinnern werden. (Beifallige Zustimmung.) Unsere Dänischer Genossen haben die Genossen Bismard und Genderson mitgebracht, um die Grüße der deutschen Sozialisten zu überbringen. Mit diesem Schmerz nehmen wir davon Kenntnis daß

### das unheimliche Dänisch

nicht mehr zum Reiche gehört. Hier ist ein Beispiel, auf den die Weltgemeinschaft geteilt werden muß, denn hier sind ungeliebt Deutschen aus Deutschland losgerissen — ein Mann auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. (Beifallige Zustimmung.) Hier gibt es Arbeit für einen von der internationalen Arbeiterklasse beizuhaltenden Völkerverbund. (Sehr wahr!) Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß wir als demokratische Sozialisten die besten Gedanken an gewaltfreie Revolutionen mit uns führen. Wir appellieren an das Recht „Wohin, wo Recht und Freiheit edel, zu unserer Sache geht zu Haus!“ In diesem Sinne wollen wir an die Arbeiter auf diesem Parteitag herantreten. (Beifall.)

Zu den Mitarbeitern werden gewählt Frau Bolmann, Gieseler, Grunke, Würzburg, Eisenhardt, Hamburg, Kricheldorf, Wagner, St. Gallen, Spahn, B. u. M., Norm, Klusj, Diermann, M. A. H., Frankfurt und M. A. H., Breslau.

In die Kandidatenausschusskommission werden gewählt: Brödel, Berlin, Niggel, Darmstadt, Darmstadt, Eisenhardt, Jannott, Breslau, Kugler, Elm, Gieseler, Eisenhardt, Kiel, Frau Kricheldorf, Frau Kricheldorf, Hildesheim.

Es folgt die Festhaltung der Tagesordnung. — Mehrere Anträge verlangen die Wirtschaftspolitik als besonderen Punkt der Tagesordnung, mit Willkür als Referenten, die die Entscheidung trifft aus als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Der Antrag findet Unterstützung. Dagegen findet der Antrag, die Wirtschaftspolitik als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln, keine genügende Unterstützung. In den Anträgen, die Wirtschaftspolitik als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln, bemerkt Hermann Müller, daß dies bereits durch Punkt 5 der Tagesordnung erledigt ist. Dann bemerkt M. A. H. Breslau zur Tagesordnung: Ich bitte die Wirtschaftspolitik nicht als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Ich gebe gern zu, daß die gegenwärtige Tagesordnung

### einmal die Vorbereitung

ih, würde aber trotzdem empfehlen, alle diese Dinge bei dem Be-

richt des Parteivorstandes bzw. der Reichstagsfraktion und der anschließenden Debatte zu erledigen. Willkür: Ich komme im allgemeinen dem Genossen Böse zu. Doch sind die Wirtschaftspolitik so dringend, daß in diesem Falle eine Ausnahme gemacht werden muß. Ich führe das Ergebnis der letzten Wahlen darauf zurück, daß wir in der Wirtschaftspolitik verlagert haben. Wir müssen daher die Wirtschaftspolitik einen anderen besonderen Punkt behandeln. Wir müssen ein Aktionsprogramm schon für die allerersten Monate haben. Selbst die Erörterungen der Agrarfragen sind sehr wichtig für die Bekämpfung der künftigen Wirtschaftspolitik. Ich bitte daher, die Wirtschaftspolitik unbedingt als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu stellen. Willkür: Ich bin der Ansicht, daß die Wirtschaftspolitik nicht als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu stellen. Ich bitte daher, die Wirtschaftspolitik unbedingt als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu stellen. Ich bitte daher, die Wirtschaftspolitik unbedingt als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu stellen.

Die Wels: Die Genossen Willkür und Willkür haben unrecht, wenn ich behaupte, daß der Parteivorstand an den Fragen der Wirtschaftspolitik vorübergehen will. Für unsere Entscheidungen muß maßgebend, daß wir unter zwingenden Verhältnissen leben. Der Friedensvertrag bestimmt unsere Wirtschaftspolitik mehr als alle unsere Programme. Er ist für uns noch lange entscheidend und daher sind die Wirtschaftspolitik in die allgemeine Politik einbezogen worden. Ich bitte, den gebührenden Respekt der Tagesordnung nicht dadurch zu gefährden, daß neue Punkte zur Verhandlung kommen.

Willkür: Was Genosse Wels sagt, ist nicht zutreffend. Wir müssen in die Zukunft mit einem Programm treten. Deshalb müssen diese Dinge in der Tagesordnung behandelt werden. Träger: Abbed: Ich bitte, den Genossen Willkür als Referenten für die Wirtschaftspolitik zu bestimmen.

Vorsitzender Müller: Es ist ein Antrag eingelaufen, den Genossen Willkür und Willkür, innerhalb des Berichtes die verlangte Redezeit zu gewähren.

Das Genußrecht vor einer Erweiterung der Tagesordnung. Der Parteitag nimmt dem Vorsitzenden Rahmann zu Willkür und Willkür erteilt eine Redezeit von je einer Stunde. Die Erörterungsfragen sollen gemeinsam mit der Wirtschaftspolitik erörtert werden. Mit dieser Veränderung wird die Tagesordnung angenommen. Die Langzeitzeit wird von 9-11 und von 3-5 Uhr festgesetzt.

Stellungnahme Kopenhagen (mit holländischem Beifall): Genosse Willkür hat uns auf den Parteitag. Seit 1914 konnten wir nicht zu euch sprechen. Am 10. Oktober ist heute unsere Freude. Wir haben nichts in den traurigen Tagen des Weltkrieges verpasst und werden uns freuen, den Kampf des Sozialismus in allen Ländern, das ist uns ausgesagt, die zum Kriege geführt haben. (Sehr wahr!) Mit diesem Schmerz haben wir die holländischen Folgen des Krieges.

### die Briden der Kinder und Mütter

gehen und wir sind der Hoffnung, daß der ganze Umfang des Unfalls die Arbeiter aller Länder zum universalistischen Kampf gegen Kapitalismus und Militarismus anzuregen wird. (Beifall.) Die Durchführung muß die Arbeiter aller Länder sein und ihre Durchführung die beste und würdigste Antwort an die Urheber des Krieges. (Stimmlos der Beifall.) Wir haben uns getraut über den Staat des deutschen Volkes, vor allem der deutschen Arbeiter über Imperialismus und Militarismus. Wir begrüßen die deutsche Republik als eine Reaktion und hoffen, daß sie sich auf der Hut sein wird gegen die Gefahren, die die neue Staatsordnung unvorhersehbar bedrohen. (Sehr wahr!) Um so mehr werden wir die Spaltung der Arbeiter auch in Deutschland, wenn diese Spaltung, in dem Kampf für die holländischen. Die Erkenntnis, daß die Einheit allein nicht macht, muß wieder eremitteln für der holländischen Arbeiter werden. (Beifall.) Wir sind treue Anhänger der

### sozialistische Grundzüge von Karl Marx

und werden alle Wege ab, die in die Zukunft führen. (Beifall.) Wir wünschen dem Parteitag viel Glück und besten Erfolg auf seinem Wege zur Verwirklichung aller Schranken des Kapitalismus, des Militarismus und der Herrschaft des sozialistischen Evangeliums. (Stimmlos der Beifall.)

### die Spaltung der Arbeiterklasse:

wären die Arbeiter jetzt einig, die Tage des Kapitalismus wären beendet, denn seine Zeit ist die letzte, der so geeignet für den Sieg des Sozialismus. (Stimmlos der Beifall.) Niemals war der sozialistische Gedanke härter als jetzt. Die ganze Welt steht heute mit dem Sozialismus, denn der Kapitalismus hat seinen Untergang gefunden. In diesem Kampf stand die deutsche Sozialdemokratie immer an der Spitze. Wir wollen nicht daran, daß die deutsche sozialdemokratische Partei ihre Arbeit für die Erfüllung in der Internationalen weiterarbeiten wird. (Stimmlos der Beifall.)

### Genossen Willkür und Willkür:

Genossen Willkür und Willkür bringen das holländische Schreiben zum Ausdruck, von Deutschland aus damit auch von der deutschen Sozialdemokratie gemacht als losgerissen zu sein. Aber die Dänischer denken und fühlen deutlich und verlieren nicht den Mut. (Beifall.) Sie geben die Hoffnung nicht auf, daß sie über kurz oder lang durch den

### Gefühlsmäßigkeit von der Bitter

wieder mit dem alten deutschen Vaterland vereinigt werden. (Beifalliger Beifall.)

Dr. Krahn: Im Namen der holländischen Genossen herzliche Grüße. Sie kommen aus einem fernbedeutenden und zu 90 Prozent von Revolutionen besessenen Ländern, das durch den Friedensvertrag auf jüdischen Jahre vom deutschen Reichland losgerissen ist. Wir wollen an unserem Platz unsere Pflicht tun, damit es bald wieder ein deutsches Saargebiet gibt. (Beifalliger Beifall.)

Vorsitzender Hermann Müller: Wir haben diese Versicherungen der Freunde sehr entgegenkommen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir diese Grüße erwiden. Wir danken den Vertretern Dänemarks und Schwedens und ver hoffen, daß es in der deutschen Demokratie und Republik genug gibt, die jeden Tag in der Welt unmöglich machen werden. Das haben auch die Tage des Kampfes nicht vergessen.

Reichspräsident Ebert hat an dem Parteitag folgenden Lesungsprogramm verlangt:

„Das sozialdemokratische Parteitag herzliche Grüße und Glückwünsche. Möge die Partei härten in dem festeren Kampf zum demokratischen Sozialismus. In aller Treue. Ebert.“ (Beifalliger Beifall.)

Weiter hat telegraphiert Genosse Adolf Hilferding, der Vertreter des Deutschen Reiches in Bern. In den Genossen D. i. e. Stuttgart, der mit Singer zusammen vor dreißig Jahren dem Parteitag in Halle vorlag, wird ein telegraphischer Gruß erteilt. Damit schließt die Vorbereitung. Schluß gegen 9 Uhr.

## Die Montagsfrühe.

Vorsitzender Hermann Müller eröffnet den Kongreß und gibt das Wort zur Begrüßung des Parteitagsgenossen dem geleitet leider um einige Minuten zu spät erschienenen Vertreter der holländischen Sozialdemokratie.

### die Genossen Amsterdam:

Ich überbringe herzliche Grüße der holländischen Sozialdemokratie zugleich im Namen des durch den Parteitag und ein parlamentarisches Nachspiel in Holland seitens holländischen Genossen Troelstra. Ich habe nicht den Auftrag, Ihnen Grüße Ihres Exilisters zu bringen. (Große Heiterkeit.) Wir haben erstimmte Genossen, auch einmal fragte, ob wir nicht für seine Auslieferung tun sollten, habe ich ihm erwidert: Licht ist bei uns bleiben. Wir werden ihm nicht, ob er gekommen ist, sondern daß er so spät gekommen ist. (Erneute Heiterkeit.) Wäre er zehn Jahre früher gekommen, wäre es viel besser für Euch und die Welt gewesen. (Sehr wahr!) Wir haben erstimmte Genossen, der zweiten Internationalen treu zu bleiben, auch wenn nicht allen Genossen die Richtung und die geistige Strömung von Gen. in jedem einzelnen Punkte geht. Die Verbindungen von Moskau sind in jedem einzelnen Punkte gut. Wir halten auch seine angenommen. (Heiterkeit und sehr wahr!) Mehr als ich leucht hat die Welt nach einem

### Russen aus dem Chaos,

nach Organisation, nach Produktion durch den Sozialismus. Ihr habt einen großen Schritt vorwärts gemacht mit der Gründung der Deutschen Republik. Das ist die größte Errungenschaft der letzten Jahrhunderte. Was ich danach ist und ich gut entwickelt. (Sehr wahr!) Stellt Euch mit aller Kraft dahinter und feuert

### die Entlohnung der jungen Republik

in sozialistischer Richtung! Lebt von dem Kongreß ein klarer und deutliches Programm hinausgehen, einen festen und klaren Wegweiser zur Welt, einen starken Wächter zur Verteidigung der letzten Jahrhunderte. Das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. (Sehr wahr!) Stellt Euch mit aller Kraft dahinter und feuert

### Zum Bericht des Parteivorstandes

Abg. Wels: Der Jahresbericht zeigt ein Bild erfolgreicher Arbeit. Das ist das Verdienst der Parteigenossen, die in unermüdlicher Arbeit in Freiheit und Freiheit trotz härtesten Terrors unbekümmert um die Bedrohungen an Leib und Leben und mit größter Geduld der Sozialdemokratie treu geblieben sind. (Beifall.) Wir können uns eines der fruchtbarsten Jahre im Leben der sozialdemokratischen Partei rühmend. Wir haben unsere Zeitungen nahezu verdoppelt und besitzen 115 eigene Druckerstellen eines 55 im Vorjahre. Wir haben auch den Zentral-Einkauf organisiert. Der Redner befragt dann den Parteivorstand gegen die Normierung wegen der Haltung in der Regierungspolitik, wie sie von allen von Genossen aus erhoben werden. In das Kabinett Nehrenbach einzutreten fordern wir ab.

Mit mangelnder Initiative finde wir endlich haltet, denn auch Wels und Singer ist darunter die Vorwurf gemacht worden. Dabei haben wir viel schwerere Aufgaben zu lösen als in der gegenwärtigen Periode. Freilich müssen auch die Minister in ihrem Amtseid häufiger als bisher in das Volk gehen, nicht nur vor den Wählern. (Sehr richtig) — Wels kommt dann auf die verschiedenen Punkte zu sprechen, die einer Einigkeit mit den Anhängern zu tun machen und schließlich die allgemeine Verzerrung, die sich in allen möglichen sozialistischen Neubildungen kundtut. Er macht die kapitalistische Gesellschaftsordnung verantwortlich für den Krieg und seine Folgen. Eine Gesellschaftsordnung, die dieses Elend, diese Güter und Leiden, diese Not der Frauen und Kinder



# Die Einnahme von Wilna.

Nach polnischer Darstellung soll es sich bei dem Vorstoß auf Wilna um eine eigenmächtige Internierung eines ungeladenen Heerführers handeln, wie folgende Meldung besagt:

**Wien, 11. Okt.** Nach dem Generalstabbericht vom 8. Oktober hat die gegen Wilna vordringende Gruppe Jelizowski die folgenden beiden vertraulichen Depeschen an das Kriegsministerium gelangt:

1. Mit Rücksicht darauf, daß die in den Verhandlungen mit der Sowjetregierung festgesetzte Waffenstillstandslinie zumachen der Bewohner der Gebiete von Wilna, Grodno und Biala unter dem mit dem polnischen Willen auszufüllen, habe ich beschlossen, das Selbstbestimmungsrecht der Bewohner meines Vaterlandes mit dem Waffen zu verteidigen. Ich habe den Oberbefehl über die aus diesen Gebieten stammenden Soldaten übernommen. Da ich nicht gegen mein Gewissen und mein Pflichtgefühl als Sohn meines Vaterlandes handeln kann, bitte ich um Entlassung vom Dienste und vom Kommando meiner Gruppe. Meine Kommandanten und Truppen, die gut diszipliniert sind, sind bereit, die Befehle der Kommandanten zu befolgen. Ich bitte die unmittelbare Befehle zu geben. 8. Okt. 1920. J. G. Jelizowski, General und Truppenkommandant.

2. General Jelizowski hat aus den oben genannten Gründen das Kommando niedergelegt. Da ich aus dem Grodnoer Lande komme, halte ich es für meine Gewissenspflicht, mich dem Befehl des Generals Jelizowski zu unterstellen. Deshalb erbitte ich mit Bewahren meine Entlassung vom Dienste. Der Stadtkommandant führt meine weiteren Befehle aus. S. B. D. I., Oberst und Stabschef.

Ein trotz dieser Erklärungen eingehender Bericht des Obersten Böhdi besagt: Die Truppe des Generals Jelizowski bestand bis zu 13 Uhr nachmittags zwischen Wlaka und Wilna. Um 5 Uhr nachmittags besetzte sie Wilna. In Wilna wurde Jelizowski von dem französischen Gouverneur empfangen, der ihm vorstellte, aus Wilna eine freie Stadt zu machen. General Jelizowski nahm diesen Vorschlag nicht an.

## Wahlkämpfe in Ägypten.

**Kairo, 10. Okt.** Heute findet in der Zone A des Wahlkampfes die Wahlkämpfe in Ägypten statt. Nach bisher eingelaufenen Nachrichten ist es abzusehen, daß die Wahlkämpfe in Ägypten die Wahlkämpfe in Ägypten sind.

**Wien, 11. Okt.** Nach Meldungen der Morgenblätter soll die Wahlkämpfe in Ägypten zugunsten Deutsch-Oesterreicher entschieden sein.

**Klagenfurt, 11. Okt.** Das amtliche Ergebnis der Wahlkämpfe ist noch unbekannt. Der Kandidat Helmut hat auf Grund der Berichte der Vertrauensmänner in der Wahlkämpfe eine vorläufige Rechnung vorgekommen, die einen höheren Sieg zugunsten Oesterreichs ergibt.

## Zwei polnische Korridore.

**Katowice, 9. Okt.** Zu der Nachricht der „B. J. A. R.“, die Kullen hätten sich damit einverstanden erklärt, daß die Polen einen Korridor durch Ostpreußen bekommen, schreibt „Kiewer Korrespondenz“: „Diese Korridor verläuft durch Ostpreußen an das litauische Gebiet und nehm damit den Polnischen die Möglichkeit, über Litauen mit Deutschland in Verbindung zu kommen. Wenn Ostland, Ostland und Polen sich nun zusammenschließen, sei der Grenz, der das baltische Nordland von Mittel- und Westeuropa abschließt, fertig, was für die Rüge Europas nur erwünscht ist in östliche Staaten und Ostpreußen kämen dann zwischen zwei polnische Korridore zu liegen, deren einer bei Danzig und deren anderer an der Grenze von Ostland endige, so daß Litauen und Ostpreußen wie in einer polnisch-nur Range lägen.“

## Der Streit um Simme.

**Belgrad, 12. Oktober.** (Südamerikanische Presse.) Die jugoslawischen Friedensdelegation stellt für die Verhandlungen in St. Paolo folgende Minimalforderungen auf: Simme mit dem Namen kommt unter das Protektorat des Völkerbundes. Dolmatien wird mit allen Inseln Jugoslawien einverleibt. Jugoslawien fordert Suiari, weil Italien das Abkommens mit Triest über Albanien verletzt hat.

## Nach dem Rücktritt der sowjetischen Regierung.

**Stockholm, 11. Okt.** Der Rücktritt der Regierung ist nicht ohne diese Woche zu erwarten. „Svenska Dagbladet“ zufolge glaubt die Regierung nicht an eigene Verantwortung zurücktreten zu können. Es wird behauptet, daß die nächsten Tagen mit dem Rücktritt der Sozialdemokratischen Partei eine Konferenz abhalten.

## Die Fortführung der Dieselmotoren.

**Berlin, 9. Oktober.** Vertreter der deutschen Industrie sind heute in Berlin zusammengekommen, um bei der deutschen Regierung anzugehen, ob die Nachricht über die beabsichtigte Fortführung der Dieselmotoren durch die Entente zutreffend sei und um der Regierung die ungeheuren Verluste einer solchen Maßnahme für die gesamte deutsche Wirtschaft darzulegen. Es ist ihnen mitgeteilt worden, daß in der Tat eine solche Maßnahme besteht. Die deutsche Regierung hat bei der Friedenskonferenz in Paris Schritte getan, um die alliierten Regierungen davon zu überzeugen, daß das Verlangen und rechtig ist. Die Antwort der alliierten Regierungen liegt noch aus. Die deutsche Regierung hat in Paris erklärt, daß sie dem Verlangen auf Fortführung der Motoren nicht nachgeben kann und hat einander darzulegen, aus welchen Gründen sie hierzu auch nicht bereit ist. Bei der klaren Realisation ist anzunehmen, daß die Kontrollkommission der Kontrakt-Kommission anweisen wird, ihr Verlangen zurückzunehmen.

Nach Informationen, die dem „B. J. A. R.“ von zuständiger Stelle zugehen, trifft die 6-urige Nachricht, wonach die Entente in der Frage der schnelllaufenden Dieselmotoren vor Schritten steht, die unter Wirtschaftlichen schwer treffen müssen, selber zu. Die Kontrollkommission der Entente hat am 2. Oktober den Befehl erteilt, daß die schnelllaufenden Dieselmotoren Kriegsmaterial seien, das zerstört werden müsse, wo immer es sich in Deutschland befindet und dessen Herstellung fortgesetzt zu unterbinden habe. Die Entente-Kommission hat bereits nach dieser Richtung gehandelt. Unterhandlungen mit deutschen Fabriken angeknüpft. Diese Nachricht hat bereits vor einigen Tagen Arbeiter-Vertretern einer süd-deutschen großen Motorenfabrik Bezugnahme gegeben, beim

Reichswirtschaftsministerium Vorklausuren zu erheben. Angehörigen haben jedoch die Motorenfabriken wie die vielen Motorenproduzenten handtätig verwendeten Verbrauchsgewerbe zu der Frage Stellung genommen und sich hinsichtlich an das Reichswirtschaftsministerium gewandt. In einer am Sonnabend abgehaltenen Sitzung legten die in Betracht kommenden Verbände dem Ministerium die große Bedeutung der Frage nahe. Nicht nur die Dieselmotorenfabriken seien mit Arbeitslosigkeit bedroht, sondern auch die wichtigsten Wirtschaftszweige, wie die Eisen-, Eisenbahn-, Textil-, Maschinen-, Metall-, Gummi-, Porzellan-, Zement-, Textil-, Holz- und Landwirtschaft. Die Entente ihren Vorschlag durchsetze. Der schnelllaufende Dieselmotor, der auch schon vor dem Kriege in vielen Friedensbetrieben in Anwendung war, habe neuerdings unter dem Einfluß der Kohlenknappheit in ungeheurer Ausmaße Eingang gefunden. Nachdem durch das Spa-Abkommen die Kohlenknappheit sich noch verstärkt habe, sei der Treibstoffmotor vielerorts die einzige Rettung vor weiterer Betriebsstilllegung und Arbeitslosigkeit. Die Regierung würde sich nur Schadenersatzansprüchen von mehreren Milliarden Mark gestellt sehen, wenn die schnelllaufenden Dieselmotoren abgebaut und zerstört werden müßten; denn diese haben ihnen zum Teil das Reich unter der Erlaubnis des § 189 des Friedensvertrages aus abmontierten Unterseebooten, oder weil infolge Kriegskrisen der U-Bootbau aufhörte, verkauft; die Werte hätten die Motoren gütig für Friedenszwecke erworben und unter erheblichen Umbaukosten in Betrieb genommen. Der Dieselmotortbau läge in dem Vorgehen der Entente die Verdrängung des deutschen Kraftmaschinenbaus. Das Reichswirtschaftsministerium soll die vorgeschlagenen weitreichenden Verfügungen der geplanten Ententeentscheidungen in einer Denkschrift schnellstens zusammenfassen.

## Inland.

### Eine Finanzdikatur?

**Berlin, 9. Oktober.** Amlich. In Ausführung der Beschlüsse des Reichstages vom 22. v. M. über die Regeln zur Verwaltung der Reichsfinanzen sind nunmehr die Richtlinien veröffentlicht worden, welche die formelle Stellung des Reichsfinanzministeriums und die künftige Finanzorganisation und Wirtschaftsführung des Reiches festlegen. Das Reichsministerium hat diesen Richtlinien heute einstimmig seine Zustimmung erteilt. Der Vorlauf der Vorfälle wird noch veröffentlicht. Zur Durchführung der heutigen Beschlüsse ist ein Reichsfinanzminister ernannt worden, der dem Reichsfinanzminister beigeordnet ist und unter dessen Verantwortung und unter Mitwirkung der Ministerien seine Tätigkeit auszuüben hat. Dieser wichtige Posten ist dem Präsidenten des Landesfinanzamtes Unterkiefer Dr. Carl übertragen worden.

Die oben genannten Richtlinien lauten u. a.:

A. Die Stellung des Reichsministers der Finanzen soll in formeller Hinsicht in folgender Weise geartet werden:

1. Es dürfen von seinem Reichsministerium und seiner nachgeordneten Reichsbehörde oder Reichsstelle oder einzelnen Beamten irgendwelche Maßnahmen, Neueinstellungen oder Anordnungen, welche neue durch den Reichshaushalt oder sonstige gesetzliche Vorschriften nicht bereits genehmigte Ausgaben zur Folge haben oder haben können, ohne vorherige rechtzeitige eingeholte Zustimmung des Reichsfinanzministers getroffen werden.

2. Wird die Zustimmung von dem Reichsfinanzminister verweigert und ist auch durch erneute Verhandlungen des Reichsministeriums mit dem Reichsfinanzministerium eine Einigung nicht zu erzielen, so ist es dem Reichsminister frei, die Entscheidung des Reichsministers herbeizuführen, sofern es sich um eine Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung oder besonderer Wichtigkeit handelt.

3. Befiehlt die Reichsregierung in einer Frage von finanzieller Bedeutung gegen die Stimme des Reichsfinanzministers, so kann dieser gegen den Befehl ausdrücklich Widerspruch erheben.

4. Es ist insbesondere nicht zulässig, daß die überstimmten Ministerien, ihre Beamten oder nachgeordneten Stellen durch Einwirkung auf Reichsstaatsbedienstete oder Reichstagsabgeordnete die Verwirklichung der Durchführung der Entscheidung der Reichsregierung zu verhindern suchen, oder bei der Ausführung der Befehle in diesem Sinne irgendwelche Maßnahmen der Reichsregierung abweichend vom Inhalt des überstimmten Reichsministeriums oder einzelner Beamter vertreten.

B. In sachlicher Hinsicht soll sich die gesamte Finanzverwaltung und Wirtschaftsführung des Reiches streng nach folgenden Grundsätzen richten:

1. Der Aufgabenkreis des Reichs ist innerhalb der Grenzen der Verfassung so eng wie irgend möglich zu halten.

2. Neue Verwaltungseinrichtungen dürfen nicht geschaffen, bestehende nicht vergrößert werden. Insbesondere dürfen nicht durch die Reichsregierung neue Stellen nicht geschaffen, sondern die Ausgabenposten anderer Art nicht erhöht werden.

3. Die bestehenden Verwaltungseinrichtungen und Stellen vorübergehender oder dauernder Natur sind soweit als irgend möglich einzuführen und abzubauen und die Kosten der Verwaltung in jeder Weise zu vermindern.

## Verordnung über Betriebsabfälle und Stilllegungen.

Dem vorläufigen Reichsminister ist, wie die B. J. A. R. erfahren, dem Reichswirtschaftsministerium und Reichsberufungsministerium gemeinsam eine Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabfällen und Stilllegungen vorgelegt worden.

Die Verordnung sieht eine Anordnung vor für ganzes oder teilweise Abbruch von Betriebsanlagen, sowie für die ganzes oder teilweise Stilllegung eines Betriebes, sofern die Betriebsanlagen im Rahmen der Anlagen verbleiben. Die Verordnung bezieht sich auf industrielle Betriebe, sowie auf die Betriebe des Bergbauwesens einschließlich des Bergbau und der Ländereien, soweit in der mindestens 20 Arbeitnehmern beschäftigt werden. Von der Abgabe ab läuft eine

Spezialfrist von 4 Wochen im Falle der beschleunigten Stilllegung, von 6 Wochen im Falle des beschleunigten Abbruchs, wobei letzterer unter gewissen Voraussetzungen um weitere 3 Monate verlängert werden kann. Während dieser Zeit darf im Betriebe keine Veränderung der Sach- und Rechtslage vorgenommen werden, die seine ordnungsmäßige Führung beeinträchtigen könnte.

Die Spezialfrist dient dazu, den für die Durchführung der Verordnung zuständigen Demobilisierungsbehörden Gelegenheit zu geben, im Benehmen mit der Betriebsleitung und dem Betriebsrat, sowie gegebenenfalls mit ärztlichen und sachlichen Sachverständigen Organisationsmaßnahmen zu ergreifen, um den Abbruch beim der Stilllegung vorzubereiten. Eine genaue Ausführungsanweisung an die Demobilisierungsbehörden weist die in einzelnen die Wege, wie sie je nach der Ursache der für die Stilllegung oder den Abbruch maßgebenden Schwierigkeiten Maßnahmen zur Stilllegung des Betriebes ergreifen können (z. B. proaktive Erwerbslosenfürsorge, öffentliche Aufträge). Dabei ist ausdrücklich hervorzuheben, daß nicht jede Stilllegung als ein volkswirtschaftliches Unglück betrachtet werden darf. Vielmehr kann die infolge des Spa-Abkommens notwendige Kohlenlage leicht dazu führen, daß gewisse Einkäuflichkeiten der industriellen Produktion im Interesse einer möglichst wirtschaftlichen Ausnutzung der vorhandenen Kohlvorräte sogar anstrebt werden müssen.

Der Geschäftsgang einer möglichst rationalen Ausnutzung der vorhandenen Kohl- und Betriebsstoffe kommt in der Verordnung auch dadurch zum Ausdruck, daß die Demobilisierungsbehörden ermächtigt werden, nach der Annahme der beschleunigten Stilllegung oder des beschleunigten Abbruchs die im Betriebe vorhandenen Vorräte zu beschlagnahmen und zu enteignen. In erster Linie sollen auch hier die im Betriebe vorhandenen Rohlenvorräte erfasst und weiterer produktiver Verwendung zugeführt werden.

## Leipzig und Chemnitz ohne Licht.

**Leipzig, 11. Okt.** Die städtischen Werke sind heute früh in den Ausfall getreten. Die Stadt ist ohne elektrischen Strom und Gas. Seit 9 Uhr vormittags ist auch die Wasser- und Gasversorgung unterbrochen. Der Straßenbahnverkehr wird durch das eigene Kraftwerk in sehr beschränktem Umfang vorläufig noch aufrechterhalten.

**Chemnitz, 9. Oktober.** Die städtische Arbeiterkassette von Chemnitz ist heute abend wegen Kohlenmangel in den Streik getreten. Infolge dessen wurde das städtische Elektrizitätswerk und städtische Gaswerk ebenfalls stillgelegt. Die Stadt liegt im Dunkeln.

## Nach Dresden.

**Dresden, 11. Okt.** Die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke sind in den Ausfall getreten. Die städtische Straßenbahn hat den Betrieb eingestellt.

## Importierter Schwindel.

Durch die Ausbreitung im Zeitungsgewerbe ist den Spiegel- und Hingentralen a la Magdeburg die Möglichkeit genommen, ihre Schwindelmeldungen wie bisher in Berlin durch die reichsweite Presse zu verbreiten. Es verlohnt es sich heute durch den Import bürgerlicher Wochenzeitungen. In einem dieser Schwindelgeschichten wird behauptet, es sei festgestellt, daß der Wirt in der Villa des Admirals Scheer von einem Kommunisten verriet worden sei.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, haben die amtlichen und polizeilichen Ermittlungen gerade das Gegenteil ergeben, daß nämlich der Tat irgendein politisches Motiv nicht zugrunde liegt.

## Die Notlage der Solinger Waffenindustrie.

(„B. J. A. R.“) Solingen, 10. Okt. Die durch den Friedensvertrag von Versailles völlig lahmgelagerte Solinger Waffenindustrie hat mit Unterstützung der Solinger Handelskammer an die Interalliierte Kommission die Bitte gerichtet, ihr die Herstellung von Luxuswaffen für das Ausland zu gestatten. Die Interalliierte Kommission zeigte in den bisherigen Verhandlungen Entgegenkommen, so daß mit der Genehmigung dieser Bitte zu rechnen ist.

## Ausland.

### Der Militarismus in Arabland.

**Moskau, 11. Oktober.** (Hansa.) Der Rat der Volkskommissare für Arbeit und nationale Verteilung erließ ein Dekret, demzufolge alle Bürger von Sowjetrußland, die in den Jahren 1866, 1887 und 1888 geboren sind, mobilisierbar werden.

### Immer neues Kopfschmerzen.

**London, 11. Okt.** Die Weltminister ist heute die zweite internationale Wirtschaftskonferenz eröffnet worden. Sie bewacht die Mittel und Wege für eine wirtschaftliche Wiederherstellung zu studieren und nennt sich „Rat für Bekämpfung des Hungers“.

### Die englische Antwort an Lloyd George.

**London, 10. Okt.** (Reuter.) In der Antwort Curzons auf Lloyd Georges letzte Note heißt es u. a.: Während sich England genau an die getroffenen Abmachungen gehalten habe, habe Frankreich die Hauptbedingung, die für seine Zustimmung in England gefordert war, offen verlegt. Die Sowjetregierung habe zehntausend Truppen nach Berlin geschickt, eine Verhinderung mit den türkischen Nationalität in Kleinasien angesetzt und eine riesige gegen England gerichtete Propaganda in Ägypten geführt. Die Note erklärt, wenn die Verhandlungen über die Handelsbeziehungen zum Abschluss gebracht werden sollten, so müßte dieser Zustand aufhören.

### Verweigerter Hof nach Halle.

**Halle, 10. Oktober.** Wie der französische Sozialdemokrat Rapoport in der „Sumanität“ mitteilt, hatte er die Absicht, sich zum Konrege der Unabhängigen Sozialdemokraten nach Halle zu begeben. Die französische Regierung habe ihm jedoch den Hof verweigert.

**Hühneraugen**  
Hornhaut, Schwielen, Warzen  
beseitigt schnell, sicher & schmerzlos  
100000fach bewährt  
**Kukirol** - Preis M. 3,-  
in Apotheken & Drogerien erhältlich  
Drogerie Freyer, Lindenstr. 58, Drogerie Krüger Nachf.,  
Königsstr. 24, Drogerie Schulze, Bornburgerstr. 32.



Partei-Angelegenheiten.

Wahlversammlung der S. R. D. Freitag nachmittags 5 Uhr... 'Freier Gänger'. Freitag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr im Vereinslokal 'Zum Schultze'...

Nus Dem Stadtreis.

Am 12. Oktober 1920.

Ein Wahn! an die Beamten.

Inseum Vorlesungen in Frankfurt a. D. werden aus Beamtenkreisen folgende bezweifelnde Ausführungen zur Verfügung gestellt:

Die Beamten sind Diener der Gesellschaft, nicht einer Partei. Die Beamten sind die Freie ihre politischen Meinungen und die Vereinigungsfreiheit genießend.

Hier ist also ausdrücklich gesagt, daß sich der Beamte politisch äußern darf. Wir gehen wohl zu, daß der Beamte im Dienst... Die letzten Wahlen haben gezeigt, daß un-... Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands werden...

Wenn nun von leiten einer höherer Vorgesetzter immer da-... Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat...

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat für den... Man braucht in nur an die Wahlungsreform zu denken...

Ein himmlisches Versehen.

Von Kartheim Neufchild.

Linus Arndt war der beste und anständigste Kerl von der Welt... Man braucht in nur an die Wahlungsreform zu denken...

Marzbad.

Der russische Berichterstatter des 'Messaggero' Luciano Magrini sendet seinem Blatt eine Beschreibung von 'Marzbad'... Die, an der unteren Wolga, im früheren Gouverne-

tiert haben. Nur der Kopf gehörend und nur unter der Behin-... Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands...

Die Wahlenabstufung.

Es liegt an den Wahlen abgestuft worden: 28 Wahlkreis-... Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands...

Rollen-Verlegung.

Der Erlass einer Verordnung durch den Reichsamt für die... Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands...

Vortrag mit Abbildern über Brennholzerparnis im Hausbau.

Am Freitag, den 18. d. M., abends 8 Uhr, hält Herr Stadtrat... Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands...

Bezeichnet werden. Das Verbot der Bildung neuer Feuerweh-... Die Monatsversammlung der Ortsgruppe Halle (S.)...

Amoltheater.

Die Monatsversammlung der Ortsgruppe Halle (S.) und... Amoltheater. Die Winterpause ist an dem 12. Oktober...

Stadtheater.

Stadtheater. Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, gelangt... 'Christa die Tante' zur ersten Wiederholung...

Wiet- oder Wohnungssteuer!

G. R. S. B. S. B. Vor einiger Zeit ging eine kurze Note durch die Presse...

Wiet- oder Wohnungssteuer!

Die im Anfang an die Revolution erfolgte Aufteilung... Die im Anfang an die Revolution erfolgte Aufteilung...

Unterforschungen über die Eingangsbeschränkung...

Unterforschungen über die Eingangsbeschränkung der Hoch-... haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Eingangs-







